

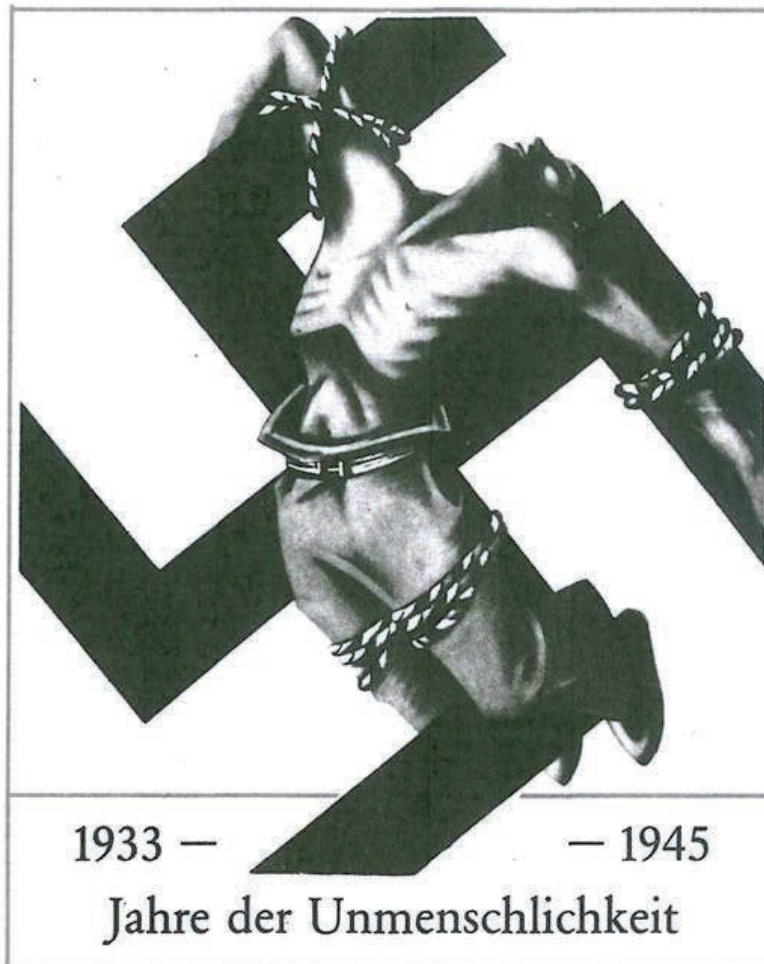


„Freie Scholle“ Historie

Baugenossenschaft „Freie Scholle“ zu Berlin eG

2019

Widerstand in der Nazizeit – gelebte Geschichte in der „Freien Scholle“



**Zwangs- und Fremdarbeiterlager
in der direkten Nachbarschaft
der „Freien Scholle“**



Vorwort

Dieses Sondermitteilungsblatt soll unter 2 Aspekten an die dunkelste Periode der deutschen Geschichte (1933 – 1945) und deren Auswirkung auf die Baugenossenschaft „Freie Scholle“ erinnern.

Widerstand in der Nazizeit – gelebte Geschichte in der „Freien Scholle“

Zwangs- und Fremdarbeiterlager in der direkten Nachbarschaft der „Freien Scholle“

Zu diesen beiden Themen hat im Oktober 2018 unser langjähriges Vorstandsmitglied, der Baugenosse Jürgen Hochschild, zwei Vortragsabende gestaltet. Der große Saal im „Tomasa – Landhaus im Schollenkrug“ war an beiden Veranstaltungen voll besetzt. Nicht nur die hohe Teilnehmerzahl, sondern auch die vielen Fragen, Ergänzungen und Anregungen von Genossenschaftsmitgliedern zu den Vorträgen haben uns gezeigt, dass diese Themen in den vielfältigen, historischen Aufarbeitungen der „Freien Scholle“ bisher anscheinend zu kurz gekommen sind.

Deshalb haben wir uns entschieden, dieses Sondermitteilungsblatt aufzulegen.

Impressum

„Freie Scholle“ Historie

- Widerstand in der Nazi-Zeit – gelebte Geschichte in der „Freien Scholle“
- Zwangs- und Fremdarbeiterlager in der Nachbarschaft der „Freien Scholle“

Sondermitteilungsblatt der Baugenossenschaft
„Freie Scholle“ zu Berlin eG,
Schollenhof 7, 13509 Berlin

Telefon 43 80 00-0
mail@freiescholle.de
www.freiescholle.de

Redaktion: Lisa Renger
Herausgeber: Der Vorstand der Baugenossenschaft
„Freie Scholle“ zu Berlin eG

Auflage: 1.800 Stück

Gestaltung und Produktion:
weberstedt gmbh visuelle kommunikation, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Widerstand in der Nazizeit – gelebte Geschichte in der „Freien Scholle“

Dieser Vortrag ist dem Widerstand in Tegel von 1933 bis 1945 am Beispiel der Baugenossenschaft „Freie Scholle“ gewidmet.

An vielen Beispielen soll die Kreativität und Kampfbereitschaft, aber auch die Leidensfähigkeit vieler Genossenschaftsmitglieder aufgezeigt werden.

Ich habe sehr interessantes Material aus Gesprächen, Briefen, Büchern und Radiosendungen zusammengestellt. Die Aussagen derjenigen, die im Gefängnis oder im Zuchthaus waren, sind unfassbar und deshalb so bedrückend. Im Mittelpunkt steht dabei das Wirken von Franz Neumann (Vorsitzender der Berliner SPD von 1946 – 1958).

Ziel des Beitrages ist: An Beispielen für vorbildliche Zivilcourage gerade in der heutigen Zeit wachrütteln und Erinnerungen wachhalten.

Die politische Ausgangslage

Die letzten Jahre der Weimarer Republik hatten für die SPD ganz im Zeichen des Bemühens um die Erhaltung der demokratischen Verfassung gestanden. Um die Machtergreifung der NSDAP zu verhindern, war die Sozialdemokratie bereit gewesen, die sozial sehr harte Politik des Reichskanzlers und Zentrumspolitikers Heinrich Brüning durch Tolerierung parlamentarisch abzusichern (1930-1932). Dies führte zu Wählerverlusten, meist zugunsten der KPD, und zu innerparteilichen Auseinandersetzungen: 1931 spaltete sich ein Teil des linken Parteiflügels ab und bildete die (einflußlose) Sozialistische Arbeiterpartei.

In ihrem Kampf um den Bestand der Republik sah sich die SPD zuletzt fast völlig auf sich allein gestellt: Gemäßigte bürgerliche Parteien – mit Ausnahme des katholischen Zentrums – verloren ihre Anhängerschaft größtenteils an die antidemokratisch-nationalistische Rechte. Eine Minderheit ging zur SPD. Auch die KPD bot sich trotz allem „Antifaschismus“ – samt blutigen Schlachten mit der SA – nicht als Bündnispartei an. Die Kommunisten kämpften nicht für die Republik, sondern für Rätediktatur und „Sowjet-Deutschland“. Ihr Hauptfeind war die als „sozialfaschistisch“ diffamierte SPD. Die Sozialdemokratie setzte trotz verzweifelter, hitziger Massentimmung und zunehmender Gewalttätigkeit auf den Straßen (besonders in der Innenstadt) weiterhin auf die Macht des Parlamentarismus und auf den Glauben an Vernunft und politische Aufklärung.

Der SPD Vorsitzende Otto Wels rief den Massen die Prognose zu: „Gestrenge Herren regieren nicht lange!“, kommentierte der „Vorwärts“ diese Rede am nächsten Tag mit den Worten: „Berlin ist nicht Rom. Hitler ist nicht Mussolini. Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches werden. Berlin bleibt rot!“

Bereits neun Wochen später schienen sich die politischen Machtverhältnisse schon grundsätzlich verändert zu haben. „Berlins rote Viertel zerfallen“, triumphierte nämlich der „völkische Beobachter“ am 13. April 1933.

„Eiserne Front“ in Bereitschaft

Zur Sicherung von Versammlungen und Demonstrationen hielt sich die 1924 in Magdeburg gegründete Republikschutztruppe „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“ bereit. Sie galt als überparteilich, denn auch liberaldemokratische Kreise und Zentrumsanhänger wirkten mit. Doch in der Industriemetropole Berlin stellten die sozialdemokratischen Arbeiter das weiterhin größte Kontingent der Aktiven, es waren weit über 10.000 Menschen.

1931 bildeten Reichsbanner, Gewerkschaften, SPD und Arbeitersportler einen kampftschlossenen republikanischen Verband, die „Eiserne Front“. Ihr Wahrzeichen, drei Pfeile, sollten die geeinte Arbeitersolidarität symbolisieren.



Foto: Hans Pitteroff (links) in der Uniform eines Schalmeien-Orchesters

Es war das letzte Aufgebot zum Schutz der sterbenden Weimarer Republik.

Franz Neumann: „Ich bin ein sehr aktiver Mann gewesen, und ich habe das ganze Unglück kommen sehen. Nach dem Wahlsieg der Nazis am 14. September 1930 habe ich mich von der gewerkschaftlichen Arbeit etwas zurückgezogen. Ich wurde Abteilungsleiter der Sozialdemokratischen Partei „Freie Scholle“ und war auch im Kreisvorstand der SPD Reinickendorf und hatte auch zentral einige Funktionen.“



Franz Neumann

Ich bin mit einigen aus der „Freien Scholle“ in das „Reichsbanner“ eingetreten und war dort bis zum Schluß aktiv tätig. Wir haben Versammlungsschutz gemacht. Wir haben uns auch herumgeprügelt. Das ist selbstverständlich gewesen in dieser Zeit. Und wir haben Erfolge und Mißerfolge gehabt. Die größte Enttäuschung für uns junge Menschen war am 20. Juli 1932. Das Datum bedeutet eigentlich, das Ende der Weimarer Republik. Man spricht von einem „Staatsstreich“. Durch die erste Notverordnung des Reichspräsidenten wurde Reichskanzler von Papen – schon ohne parlamentarische Mehrheit – zum Reichskom-



Schalmeien-Orchester vor dem S-Bahnhof Waidmannslust

missar eingesetzt. Die Grundrechte wurden eingeschränkt. Hitlers Weg zur Macht wurde dadurch erleichtert und vorbereitet. Das „Reichsbanner“ hat an diesem Tag in Alarmbereitschaft gelegen und glaubte, durch die Berliner Polizei miteingesetzt zu werden zur Verteidigung der Republik. Daß die Vorgänge, wie sie dann abliefen, uns unendlich enttäuscht haben, das ist verständlich. Wir glaubten tatsächlich, daß es mit Hilfe der preußischen Polizei, der preußischen Behörden und der großen Gewerkschafts- und Parteibewegung möglich gewesen wäre, dann doch den Nazis einen großen, starken Damm entgegenzusetzen zu können. Daß das nicht geschah, das hat manchen die Lust an der Politik verleidet. Ich selbst bin aber immer weiter aktiv geblieben. Es ist im November 1932 gewesen, als ich dann in Reinickendorf auf die Wahlliste – die Wahl war zum 5. März 1933 festgesetzt worden – kam. Ich war 7. auf der Liste, für einen so jungen Menschen ein hervorragender Platz. Als der 5. März 1933 aber kam, war ich Spitzenkandidat; denn die Sechs vor mir hatten schon auf die Wahl verzichtet.“

Wir erinnern uns

30. Januar 1933:

Adolf Hitler wird ohne Wahlen zum Reichskanzler ernannt.

1. Februar 1933:

Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsident von Hindenburg.

27. Februar 1933:

der Reichstag brennt

Kampfloser Untergang

Nach einmal, am 7. Februar 1933, veranstalteten SPD-nahe Organisationen im Lustgarten (Stadtzentrum) eine eindrucksvolle Kampfdemonstration der freien Berliner Arbeiterschaft. 200.000 Menschen protestierten gegen die neugebildete Hitler-Regierung, die sich Anfang März Neuwahlen stellte.

Terror und Verfolgung in der „Freien Scholle“

Bereits im Februar 1933 brach der Terror der Nazis – nun ausgerüstet mit staatlicher Macht – über die Arbeiterbewegung herein. Alles geriet in Auflösung. Auf die Aktiven des Reichsbanners, der Arbeitersportbewegung und Arbeiterparteien, wurde Jagd gemacht.

Doch betrachten wir zunächst die Anfangsbedingungen in der „Freien Scholle“. Bis Anfang März 1933 war die Siedlung von nazistischer Infiltration bzw. Unterwanderung noch weitgehend bewahrt. Die Milieubedingungen durch die Arbeiter – und Gewerkschaftsbewegung und ihre Kultur – und Freizeitorganisationen sowie der besondere Zusammenhalt als Schollaner standen der ideologischen Eroberung durch den Nationalsozialismus bis Frühjahr 1933 erfolgreich entgegen.

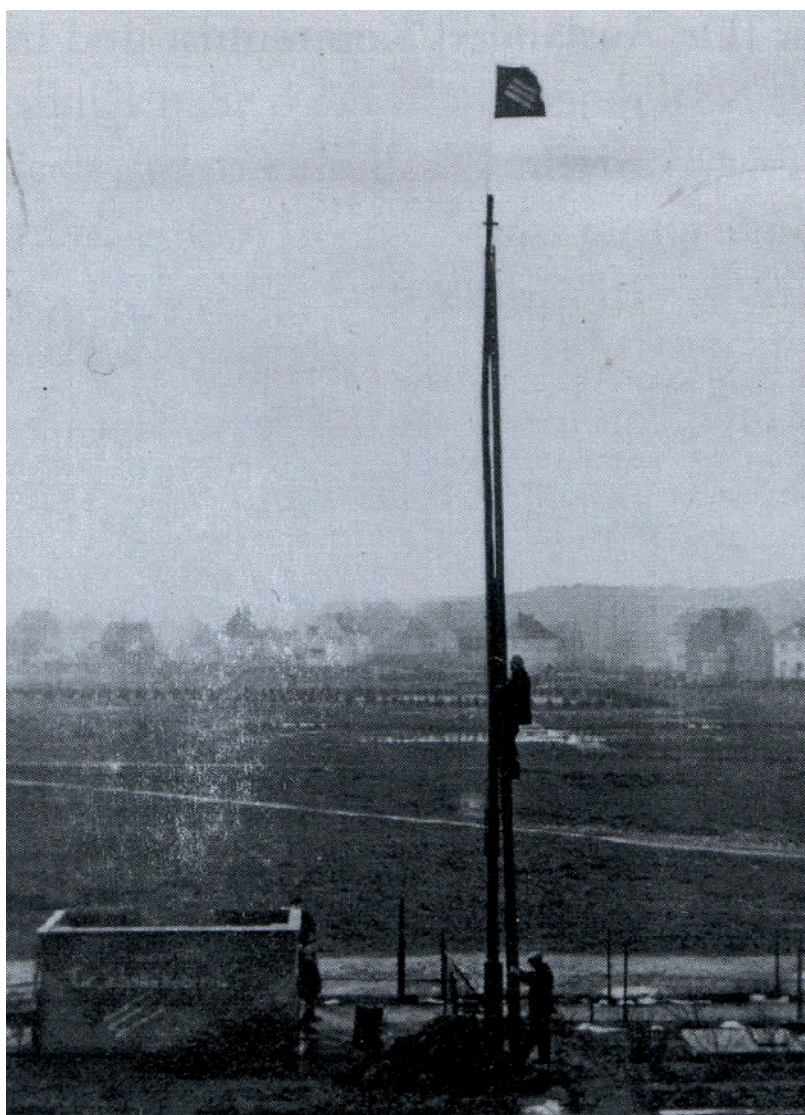
Mitte März 1933 stürmten SA-Männer den Stützpunkt der Republiksschutztruppe Reichsbanner schwarz-rot-gold, es handelte sich um die Kellerräume des Hauses Egidystraße 65. Dort holte man die täglich vor dem Gebäude aufgezugene Drei-Pfeile-Fahne der „Eisernen Front“ herunter, zerstörte sie und verschleppte die Reichsbannerleute Friedrich Schönwald und Hans Pitteroff, die anschließend in einem SA-Lokal misshandelt wurden.

Insgesamt gerieten kurz vor der Landtagswahl am 12. März 1933 auf diese Weise 70 Frauen und Männer allein aus der „Freien Scholle“ in die Hände der Nazis. Den als Anhänger des sozialistischen Lagers bekannten Personenkreis wurde dadurch auch die Teilnahme an der Landtagswahl verwehrt. Einen Tag danach kamen fast alle verschleppten wieder frei.

Es war dann am 25. März 1933, das letztmalig – im engeren Sinne für 12 Jahre – an einem Mast, in diesem Fall im Schollenweg 39 im Garten von Alfred Trapp, die heimlich angebrachte Drei-Pfeile-Fahne der „Eisernen Front“ ein allen sichtbares, trotziges Zeichen des Freiheitsprotestes setzte.



Entlassungen aus der Haft (F. Neumann, Bildmitte), mit versteckter Kamera aufgenommen





Walter Höppner

Walter Höppner: (1900–1984) aus dem Erholungsweg 40 (zuletzt gelebt im Kampweg 5) berichtete 1983:

„Die Siedlung „Freie Scholle“ blieb verhältnismäßig unbelästigt. Ohnehin war hier die SPD stark vertreten, es wohnten aber auch viele Kommunisten hier. Am Tag der sog. Machtergreifung gab es einen NS-Fackelzug durch die „Freie Scholle“. Wir standen am Fenster und ahnten Böses. Bis März 1933 ließ man die Siedlung dann in Ruhe. Lediglich zum Tag der Wahlen gab es eine Blitzaktion: Reichsbanner, Kommunisten und SPD-Leute wurden verhaftet, Reichsbannerkoppeln und Fahnen aus den Wohnungen geholt. Franz Neumann und ich wurden da-

mals aber nicht mitgenommen. Wir beide versuchten in der folgenden Zeit, die SPD-Genossen in der Siedlung zusammenzuhalten. Natürlich gab es dabei einige unliebsame Dinge: SPD-Mitglieder, die plötzlich aus der Partei austraten und darauf bestanden, eine schriftliche Bestätigung darüber zu erhalten, die Partei bereits 1932 verlassen zu haben. Wir gingen oft über die Dächer der Siedlung und holten einige NS-Fahnen herunter. Anfang 1934 gerieten wir dann als Mitglieder des illegalen Apparates der Berliner SPD in Haft.“

Zeitzeugen zur Reichstagswahl am 5.3.1933

Irma Rehfeldt: (1904 – 1994) aus dem Freilandweg 3 berichtet 1983:

„Im März 1933 konnten zahlreiche Bewohner der „Freien Scholle“ nicht mitwählen, denn sie waren am Sonnabend zuvor verhaftet worden. Unter den etwa 70 Inhaftierten war auch mein Mann, Herbert Rehfeldt, und der Vorstand unserer Baugenossenschaft, Otto Stechert.“

Zum Glück kamen die Männer nicht in den SA-Folterkeller in die Hedemannstraße sondern zunächst in die Schule am Waidmannslust Damm und dann zum Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Geschlagen wurden sie nicht, nur verhört und dann freigelassen. Der letzte kam am Donnerstag raus.

Im Herbst 1933 gab es dann auch Hausdurchsuchungen.“

Walter Höppner:

„Was mir ungeheuer in Erinnerung geblieben ist, das war die Wahl am 5. März 1933. Am Tag zuvor saßen zwei Männer in einem geschlossenen Wagen und hatten eine Liste, wer abgeholt werden sollte. Die klingelten überall und holten die Kommunisten und Sozialdemokraten, damit sie nicht wählen konnten. Dann fuhren sie mit den Leuten Richtung Tegel ab. Sie hatten sich noch nicht getraut, die Wahl zu fälschen.“

„Den Montag kam ein Genosse, der am Samstag abgeholt worden war und erzählt, daß er von der SA der Berliner Polizei im Gefängnis am Alexanderplatz übergeben wurde. Da waren keine Sitze. Alle mußten stehen, zusammengepfercht und nichts zu essen, den ganzen Sonnabend und Sonntag. Es gab keine Verhandlungen. In der Nacht zu Montag haben sie sie dann entlassen.“

Bei der Wahl 1933 kam es zu Schlägereien vor dem Wahllokal, bei denen Blut geflossen ist. Nach der Wahl holte die SA die Mitglieder der SPD und KPD ab, um sie am Bahnhof Waidmannslust ihre Wahlplakate abschrubben zu lassen.“

Ergebnisse der Wahlen am 5.3.1933

Bei den Wahlen zum Reichstag am 17.11.1929 war die „Freie Scholle“ erstmals ein eigenständiger Stimmbezirk.

	Reichstag Kommunal		
	17.11. 1929	14.09. 1930	05.03. 1933
SPD	52,8%	51,7%	16,8%
KPD	16,9%	16,7%	17,1%
NSDAP	6,7%	12,2%	31,1%

Am 23. März wurde das Ermächtigungsgesetz erlassen.

Das Parlament wurde ausgeschaltet.

Grete Sonnemann (1903 – 1990) aus dem Schollenweg 50 berichtete 1984:

„Am 1. April 1933 gelang es uns, in der „Freien Scholle“ unterzukommen. Dadurch brach der Kontakt zu meinen alten Weddinger SAJ-Genossen ab. Als Hochschwangere hatte ich für sie noch im Februar 1933 vor Gericht aussagen können. Sie kamen zunächst frei, aber ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Michaelis, wurde später entmannt in der Spree gefunden.“

Viele Freunde verloren auf Grund der „Säuberungen“ ihrer Arbeitsplätze bei

der Stadtverwaltung, darunter mein Verwandter Karl Reichel sowie die Stadtverordnete Ella Kay und Franz Neumann, die beide in der Fürsorge [Sozialarbeit] tätig waren.

Die „Freie Scholle“ wurde wiederholt von Verhaftungen heimgesucht, z.B. vor Wahlen. Ein anderes Mal wurde unsere Genossenschaftssiedlung auf rote Fahnen durchsucht. Selbst unter der schmutzigen Wäsche versteckte Exemplare fanden sie und legten sie danach demonstrativ auf dem Mittelstreifen des Waidmannsluster Dammes aus.“

Die Gleichschaltung

Am 2. Mai 1933 erfolgt die Gleichschaltung der Gewerkschaften. Die politischen Parteien werden verboten. Die Parteien SPD und KPD gehen zur illegalen Arbeit über.

Die Gremien der Baugenossenschaft „Freie Scholle“ werden ebenfalls gleichgeschaltet.

Die „Freie Scholle“ als Organ Nationalsozialistischer Politik

Das verschärfte Augenmerk der neuen Machthaber galt insbesondere den sozialdemokratisch ausgerichteten Genossenschaften. Ein Mitarbeiter im preußischen Staatsministerium wurde zum Beauftragten für die Gleichschaltung des gemeinnützigen Wohnungswesens, und überwachte auch in der „Freien Scholle“ die Neubesetzung der Vorstands- und Aufsichtsratsämter.

„Am 24. April fanden sich dann Beauftragte der augenblicklichen Verwaltung mit einigen Baugenossen, die der neuen Staatsmacht eng verbunden sind, zusammen, um über die Neugestaltung der Verwaltung zu beraten. Es wurde beschlossen, der am 27. Mai stattfindenden Generalversammlung eine Einheitsliste der in den Aufsichtsrat zu entsendenden Baugenossen vorzuschlagen.“

(Aus: Mitteilungsblatt 4/1933)

Auf dieser mit 400 Mitgliedern außerordentlich gut besuchten Generalversammlung stellten alle Aufsichtsratsmitglieder ihre Mandate zur Verfügung, nur noch drei ehemalige Mitglieder waren auf der Einheitsliste vertreten. Eine Woche darauf bestellte der gleichgeschaltete Aufsichtsrat auf Veranlassung des Staatskommissars eine neue Geschäftsführung. Ihr gehört noch bis Ende 1933 der ehemalige Schollenredakteur Hugo Schulze an, der „stärkste Aktivposten der alten Garde“.

„Bis 1933 stand die „Freie Scholle“ entsprechend der politischen Zusammensetzung der Mitgliedschaft stark unter sozialistischem Einfluß. Dies hatte bei der sogenannten Gleichschaltung im Jahr 1933 zur Folge, daß die Nationalsozialisten es nicht wagten, die damals amtierenden Organe restlos durch die ‚Garanten des

tausendjährigen Reiches‘ zu ersetzen. Sie wählten daher den Kompromiß, drei Mitglieder der NSDAP in den Aufsichtsrat zu delegieren. Daneben wurde die gleiche Mandatsziffer der SPD und den politisch Unorganisierten zugestanden. In der gleichen Dreiteilung wurden die drei Vorstandsämter besetzt. In der Folgezeit wurden jedoch bald die politisch Andersdenkenden ausgekehrt, soweit sie nicht durch ihre Sachkenntnis der genossenschaftlichen Arbeit schwer entbehrlich waren.“ (Aus: Geschäftsbericht 1945, S. 3f)

Festliche Veranstaltungen des Vorstandes der „Freien Scholle“ unter dem Hakenkreuz



In der Zeit von 1933 bis 1945 gehörten folgende Personen dem Vorstand der „Freien Scholle“ an:

- Werner Weymann (1933 – 1934)
- P.G. Alfons Seydel (1933 – 1935)
- Erich Merner (1934)
- Otto Wassmann (1934 – 1938)
- P.G. Wilhelm Schläfke (1935 – 1945)
- P.G. Karl Schulz (1936 – 1945)
- Hugo Schulze (1939 – 1945)



An den Herrn
Polizeipräsidenten von Berlin

B e r l i n C 25.
Alexanderplatz

Sr./W.

8.4.1938

Nachstehend aufgeführte Baugenossen sind für die demnächst stattfindende Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Genossenschaft in Aussicht genommen. Wir bitten für diese Genossen um Übersendung eines polizeilichen Führungszeugnisses:

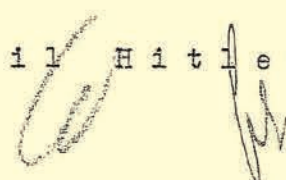
Parteilgenosse Johannes C r ü g e r, Berlin-Tegel, Schollenweg 7,
geb. 24.6.1901 zu Berlin,

" Wilhelm P r e i s i n g, Berlin-Tegel, Erholungsweg 32,
geb. 23.5.1884 zu Insterburg,

" Kurt S p a n g e n b e r g, Berlin-Tegel, Allmendeweg 13
geb. 20.1.1907 zu Berlin,

Volksgenosse Otto S t e c h e r t, Berlin-Tegel, Allmendeweg 22,
geb. 28.10.1900 zu Berlin.

Heil Hitler!





Originalliste der Blockwarte aus dem Mitteilungsblatt von Juni 1933

Noch im Juni 1933 wird mit der Ernennung von Blockwarten begonnen, um auch in der „Scholle“ den Weg für Kontrolle und Bespitzelung der Bewohner zu ebnet. „Wir sind daher entschlossen, unsere Genossen in stärkerem Maße als je zur Mitarbeit heranzuziehen und wollen versuchen zu erreichen, daß aus dem kleinsten Kreise der Zelle ein verantwortlicher Träger dieser Idee herausgestellt wird.

Wir haben daher 70 Blockwarte ernannt, denen die hohe Aufgabe zufällt, Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Mitgliedern zu sein.

(Aus: Mitteilungsblatt 8/1933)

Die „Freie Scholle“ hatte zu dieser Zeit 912 Nutzungseinheiten, das bedeutet, ein Blockwart hatte durchschnittlich 13 Wohnungen oder Einfamilienhäuser zu „betreuen“.

Im Sommer 1933 kommt es aufgrund einer „Weisung von oben“ zur Umbenennung des Lilienthalhofes, was die Genossenschaft jedoch tief bedauert. Es besteht die Vermutung, daß Lilienthal irrtümlich als Jude eingestuft wurde. „Die Behörden haben nun, nachdem der Name sich in einem halben Jahrzehnt eingebürgert hatte, es für notwendig erachtet, aus technischen Gründen die Umtaufe vollziehen zu müssen. Der Lilienthalhof hat nunmehr die amtliche Bezeichnung ‚Schollenhof‘ erhalten.“ (Aus: Mitteilungsblatt 8/1933)

Anfang 1934 beginnen auch in der „Freien Scholle“ die ersten Verhaftungen

Franz Neumann (1904 – 1974) berichtet über die „Verhöre in der Prinz-Albrecht-Straße:

„Ich wurde in das Zimmer 325 eingeliefert, in dem unter Leitung des Kommissars Rikowski die furchtbaren Mißhandlungen erfolgten“...

„... ich hatte das Glück, daß ich einer verkehrten Gruppe zugeordnet wurde. Aber ich hatte auch schwere Belastungen bei der Gestapo-Zentrale, so daß ich – mit einigen anderen – schwersten Mißhandlungen ausgesetzt war. Die Gesundheit ist dadurch für das ganze Leben dann gestört worden.“

Walter Höppner berichtet 1982:

„Zwei Polizeibeamte brachten mich mit der Straßenbahn zum Polizeirevier in die Schlieperstraße nach Tegel. Von dort ging es zur Gestapo in die Prinz-Albrecht-Straße. Zu derselben Zeit saß auch der frühere KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann dort.

Zunächst wurden mir Bilder vorgelegt. ‚Kennst du den?‘ – Nachdem ich ein halbes Dutzend Fotos mit NEIN kommentiert hatte, ging die Prügelei los. Vor und hinter mich trat ein Mann. Sie schlugen auf den Kopf. Das Trommelfell des einen Ohres ging kaputt. Später brauche ich deshalb ein Hörgerät. Dann schlug man mit Ochsenziemern auf mich ein. Ich wurde bewußtlos. Daraufhin hielt man meinen Kopf unter Wasser und schleppte mich danach ans Fenster. Wir befanden uns im 4. Stock des Gebäudes. Man forderte mich auf zu springen. Ich gab nicht nach. Danach brachte man mich in den Keller, wo ein bunt zusammengewürfelter Haufen Inhaftierter war. Zwei Tage danach begann dieselbe Prozedur noch einmal: Prügelei und Quälerei. Anschließend kam ich mit Franz Neumann ins SS-Gefängnis Columbiahaus.

... Am 18. Januar 1934 kamen wir ins Polizeipräsidium Alexanderplatz ... Nun erließ auch der Haftrichter einen Haftbefehl. Erst von jetzt an datierte unsere Verhaftung. Im Juli 1934 kamen wir dann als Untersuchungshäftlinge nach Moabit. Der Prozeß am 14.7.1934 dauerte 1 ½ Stunden, bei insgesamt 19 Angeklagten. Viele von ihnen kamen aus dem Osten Berlins. Die Anklage stand für alle auf Zuchthaus.“

Block-Einteilung der Genossenschaft

- Block 1, Egidystraße 1—4a: Blockwart Adolf Meißner, Egidystraße 4.
- Block 2, Egidystraße 5—8: Blockwart Johannes Kröning, Egidystraße 7.
- Block 3, Egidystraße 8a—11: Blockwart Paul Röhr, Egidystraße 27.
- Block 4, Egidystraße 12—15: Blockwart Gustav Fischer, Egidystraße 29.
- Block 5, Egidystraße 16—18 und 19a: Blockwart Franz Kersten, Egidystraße 29.
- Block 6, Egidystraße 19—22: Blockwart Friedrich Schmidt, Egidystraße 39.
- Block 7, Egidystraße 23—27: Blockwart Karl Fleischer, Egidystraße 52.
- Block 8, Egidystraße 28—32: Blockwart Richard Döhler, Egidystraße 38.
- Block 9, Egidystraße 33—37: Blockwart Albert Bodin, Egidystraße 62.
- Block 10, Egidystraße 38—42: Blockwart Otto Berg, Schollenweg 10.
- Block 11, Egidystraße 43—46: Blockwart Hermann Nicke, Egidystraße 62.
- Block 11, Egidystraße 47—51: Blockwart Hans Lach, Schollenweg 3.
- Block 13, Egidystraße 52—56: Blockwart Johannes Crüger, Schollenweg 7.
- Block 14, Egidystraße 57—61: Blockwart Otto Loppin, Egidystraße 60.
- Block 15, Egidystraße 62—65: Blockwart Karl-Freyberg, Schollenweg 12.
- Block 16, Schollenweg 3—13: Blockwart Albert Gessert, Schollenweg 18.
- Block 17, Schollenweg 14—24: Blockwart Max Stolle, Egidystraße 59.
- Block 18, Schollenweg 25—35: Blockwart Paul Sommer, Schollenweg 50.
- Block 19, Schollenweg 36—46: Blockwart Friedrich Seifert, Schollenweg 36.
- Block 20, Schollenweg 47—57: Blockwart Arthur Sahr, Schollenweg 43.
- Block 21, Schollenweg 58—67: Blockwart Werner Herbig, Allmendeweg 121.
- Block 22, Steilpfad 1—4: Blockwart Willy Schwietzke, Steilpfad 5.
- Block 23, Steilpfad 5—16: Blockwart Erich Ponnier, Steilpfad 35.
- Block 24, Steilpfad 17—29: Blockwart Bruno Kalicki, Steilpfad 45.
- Block 25, Steilpfad 30—40: Blockwart Paul Lissy, Steilpfad 62.
- Block 26, Steilpfad 41—50: Blockwart Willy Jost, Steilpfad 31.
- Block 27, Steilpfad 52—68: Blockwart Paul Zylka, Steilpfad 14.
- Block 28, Steilpfad 69—86: Blockwart Artur Scheuer, Steilpfad 74.
- Block 29, Schollenhof 1—3: Blockwart Felix Klein, Schollenhof 1.
- Block 30, Schollenhof 4—6: Blockwart Ewald Forbrich, Schollenhof 5.
- Block 31, Schollenhof 7—9: Blockwart Georg Helmbold, Schollenhof 8.
- Block 32, Schollenhof 10—12: Blockwart Ernst Duscha, Schollenhof 10.
- Block 33, Schollenhof 13—15: Blockwart Hermann Sattler, Schollenhof 15.
- Block 34, Schollenhof 16—18: Blockwart Herbert Herkt, Schollenhof 17.
- Block 35, Schollenhof 19—21: Blockwart Ernst Lässig, Schollenhof 19.
- Block 36, Schollenhof 22—24: Blockwart Georg Rexhausen, Schollenhof 25.
- Block 37, Schollenhof 25—31 (untere Wohnungen): Blockwart Eduard Fischer, Schollenhof 30.
- Block 38, Schollenhof 25—31 (obere Wohnungen): Blockwart Ernst Röhr, Schollenhof 29.
- Block 39, Moränenweg 2—11: Blockwart Willy Seeger, Steilpfad 65.
- Block 40, Moränenweg 12—24: Blockwart Max Gölfert, Moränenweg 2.
- Block 41, Moränenweg 25—36: Blockwart Otto Pintsch, Moränenweg 14.
- Block 42, Moränenweg 37—50: Blockwart Hermann Meyendorf, Moränenweg 13.
- Block 43, Moränenweg 51—61: Blockwart Wilhelm Richter, Schollenhof 27.
- Block 44, Allmendeweg 1—11: Blockwart Alfred Kügler, Allmendeweg 6.
- Block 45, Allmendeweg 12—16: Blockwart Rudolf Rührich, Allmendeweg 15.
- Block 46, Allmendeweg 17—20: Blockwart August Pritzkow, Allmendeweg 16.
- Block 47, Allmendeweg 21—25: Blockwart Alfred Ecklund, Allmendeweg 18.
- Block 48, Allmendeweg 26—29: Blockwart Karl Eckert, Allmendeweg 22.
- Block 49, Allmendeweg 30—34: Blockwart Otto Stechert, Allmendeweg 22.
- Block 50, Allmendeweg 35—41: Blockwart Paul Oehlke, Allmendeweg 26.
- Block 51, Allmendeweg 43—47: Blockwart Bruno Hilbig, Allmendeweg 28.
- Block 52, Allmendeweg 49—64: Blockwart Alexander Grunow, Allmendeweg 32.
- Block 53, Allmendeweg 64a—65a: Blockwart Harry Wieck, Allmendeweg 32.
- Block 54, Allmendeweg 66—75: Blockwart Herbert Pohl, Allmendeweg 39.
- Block 55, Allmendeweg 76—86: Blockwart Erich-Buch, Allmendeweg 41.
- Block 56, Allmendeweg 87—98: Blockwart Fritz Schwietzke, Allmendeweg 51.
- Block 57, Allmendeweg 99—110: Blockwart Richard Hahn, Allmendeweg 77.
- Block 58, Allmendeweg 111—123: Blockwart Otto Waßmann, Allmendeweg 106.
- Block 59, Erholungsweg 2—10: Blockwart Max Frenz, Erholungsweg 16.
- Block 60, Erholungsweg 12—28: Blockwart Albert Podewils, Steilpfad 10.
- Block 61, Erholungsweg 30—48: Blockwart Willi Baade, Erholungsweg 42.
- Block 62, Hermsdorfer Straße 66—74 (untere Wohnungen): Blockwart Karl Wepler, Schollenhof 28.
- Block 63, Hermsdorfer Straße 66—74 (obere Wohnungen): Blockwart Karl Schulz, Hermsdorfer Straße 66.
- Block 64, Moorweg 4—26: Blockwart Paul Wiesner, Allmendeweg 115.
- Block 65, Moorweg 28—46: Blockwart Georg Butterlin, Moorweg 38.
- Block 66, Freilandweg 3—5 (untere Wohnungen): Blockwart Otto Voigt, Allmendeweg 103.
- Block 67, Freilandweg 3—5 (obere Wohnungen): Blockwart Adolf Nebe, Allmendeweg 80.
- Block 68, Kampweg 3 und 5: Blockwart Erich Schulze, Kampweg 3.
- Block 69, Kampweg 6 und 6a: Blockwart Alfred Robley, Kampweg 5.



Einen kleinen Einblick in das Gefühlsleben eines Gefangenen erhalten wir, wenn wir uns die Briefe ansehen, die Walter Höppner während seiner Inhaftierung an seine Frau Wally geschrieben hat. Es ist allerdings zu bedenken, dass alle Briefe durch die Zensur gingen. Wir veröffentlichen Auszüge aus 5 Briefen, die Walter Höppner in der Zeit vom 16. Januar 1934 bis zum 15. Juli 1934 an seine Ehefrau geschrieben hat.

Walter Höppner, Polizeipräsidium, Alexanderstr. 10, Station VIII
an
Frau Wally Höppner, Berlin-Tegel, Erholungsweg 40

Berlin, 16.1.1934

*Liebe Wally,
seit gestern sind wir im Polizeipräsidium. Die Pakete mit Wäsche und Decke sowie Deinen Brief habe ich erhalten, wie Du ja wohl aus meinen beiden Briefen schon erfahren haben wirst. Uns geht es gut, sorgt Euch nicht. Wie es weitergeht wissen wir nicht. Hoffentlich zum Guten. ... Wie lange wir hier bleiben, wissen wir auch nicht. ... Nun seid alle tapfer und haltet zu Hause gut zusammen. Kopfhoch, es wird schon wieder besser werden. ...*

Walter Höppner, Berlin N.W. 40, Alt-Moabit 12a
an
Frau Wally Höppner, Berlin-Tegel, Erholungsweg 40

Gef. B. Nr. 7515/33
(Bei allen Sendungen anzugeben.)

Berlin 21. Januar 1934

Gelesen: ...

*Liebe Wally,
seit Freitag, dem 19.1., befinden wir uns im Untersuchungsgefängnis Moabit in Untersuchungshaft. Gegen uns alle ist Untersuchungshaft verhängt. Es wird also jedenfalls zum Prozeß kommen. Die Untersuchungshaft wird bei der großen Zahl der Beteiligten wohl einige Zeit dauern, ehe die Voruntersuchung abgeschlossen wird. Liebe Wally, ich habe Dir nun über unser Schicksal mitgeteilt, was ich selber weiß. Wir wollen nur hoffen, daß diese Zeit unseres Lebens so schnell wie möglich an unser vorübergeht. Ich ertrage es schon, denn Krieg, Inflation und Arbeitslosigkeit haben wir ertragen müssen. Warum nicht diese Zeit unseres gemeinsamen Lebensweges? ...*

Berlin 8. Februar 1934

Gelesen: ...

Liebe Wally,

gestern Nachmittag erhielt ich Deinen zweiten Brief in dieser Woche. Den vom 31.1. bekam ich am Montag und den vom 4.2. am Dienstag. Die Freude war natürlich groß über Deine beiden Briefe. Ich darf die Briefe selbstverständlich behalten, die werden von mir alle nummeriert, und auf einem Bogen vermerke ich mir das Empfangsdatum. Ärger bereitest Du mir nicht mit Deinen Briefen. Die Anzahl ist keinen Beschränkungen unterworfen. Morgen bin ich genau 5 Wochen von Hause fort. Die Zeit vergeht furchtbar schnell, und doch könnte sie wegen mir noch einmal so schnell vergehen. Liebe Wally, wie lange das hier dauert weiß ich ja nun nicht, will aber auch keine falschen Hoffnungen in Dir wecken. Ich fürchte es dauert noch Wochen über Wochen ehe es überhaupt zum Termin kommt. Solange wir jetzt hier sind hat sich bis jetzt noch keiner um uns gekümmert. Doch laß den Mut nicht sinken. Einmal geht ja alles vorbei. Sprecherlaubnis ist endgültig abgelehnt. ...

Berlin 12. Februar 1934

Gelesen: ...

Meine liebe Wally,

... Nun ist am Mittwoch noch ein sehr schöner Brief von meiner Mutter eingetroffen, der mich sehr wehmütig gemacht hat. Meine Mutter kann es wohl nicht verwinden, daß ich im Gefängnis bin. Wenn Sie nur nicht wieder krank wird davon. Du weißt doch, das nimmt sie doch immer so mit. Sie schreibt mir, daß sie Dich zum Sonntag, also heute, zum Essen einladen wird. Über unser Boot soll ich mir keine Sorgen machen, schreibt sie, da helfen sie schon mit. Ich mache mir aber doch welche, daß das Geld nicht aufgebracht wird, aber ich glaube kaum, daß wir in diesem Sommer dazu kommen werden, das Boot zu benutzen. Ich schrieb Dir ja schon, daß sich hier kein Mensch um uns kümmert, und das ist ja das Niederdrückende an der ganzen Sache hier, daß man nicht weiß, wann ist das mal zu Ende. Wenn nun nämlich Termin (ist), und wir werden bestraft, so weiß man wenigstens, an dem und dem Tag bist Du frei. So sitzt man aber hier und zermartert sich sein Hirn, wie lange das noch gehen mag. Ich will Dich aber nun nicht weiter mit meinen Sorgen belästigen und Dir noch das Leben schwerer machen als es ohnehin schon ist. Doch muß ich Dir auch das mal schreiben dürfen, denn ich muß meinem Herzen mal Luft ma-



chen und auch einem anderen meine Sorgen mitteilen. Und Du, liebe Wally, wirst ja verstehen, mir gerne tragen helfen. Meinem Zellengenossen kann ich mich nicht mitteilen. Der hat kein Verständnis dafür. Erstmal ist es ein krimineller Häftling, und zum zweiten nimmt er einen derartigen moralischen Standpunkt ein, den ich, der ich bestimmt kein Moralphilister bin, nicht teilen kann. ...

Berlin 15. Juli 1934

Gelesen: 17/7.34

Unterschrift unleserlich

Meine liebe gute Wally,

wie schwer mir das wird, Dir heute den letzten Brief von hier zu schreiben, kannst Du Dir einfach nicht vorstellen. Du wirst von unserer Verurteilung ja schon gehört haben, aber darüber weiter unten. Die schwersten Vorwürfe mache ich mir ja darüber, daß ich Deinem Wunsch, als Zuhörer der Verhandlung beizuwohnen, nicht erfüllt habe. Bin ich doch so durch meine Schuld darum gekommen, Dich eine Viertelstunde ungestört sprechen zu können. Habe ich mich doch darum, daß ich Dich nicht mehr sprechen konnte, mehr aufgeregt als über das Urteil. In meiner Aufregung, daß Du nicht da warst, habe ich keinem der Bekannten einen Gruß an Dich aufgetragen. Das ist mir aber erst nachher, als ich wieder in meiner Zelle war, eingefallen. Wenn ich gewußt hätte, daß so viele Zuhörer zugelassen werden, Du sprachst von zwanzig, es waren aber mindestens 100-120 anwesend, dann hättet Ihr auch kommen können. ... Nur Du fehltest mir. Du bist mir sicherlich sehr böse. Ich kann Dich auch verstehen. Es war Dummheit von mir, Dich fernzuhalten. Wäre der Prozeß nicht so schnell zu Ende gewesen, das hatte keiner von uns erwartet, so hätten wir uns noch gesehen. ... Meine liebe gute Wally, sei mir bitte nicht so sehr böse. Ich mache mir jede Stunde die bittersten Vorwürfe und bin so traurig wie noch nie solange ich in Haft bin. Vom Termin selbst nun will ich Dir berichten. Um ¼ 10 war alles versammelt. Bei der Zulassung der Zuhörer war ein Andrang, daß die Beamten den Raum sperren mußten. Es sind lange nicht alle reingekommen. Nach dem Namensaufruf wurde gleich, nachdem die Anklage verlesen wurde, in die Beweisaufnahme eingetreten. Da nur wenig Unstimmigkeiten vorhanden waren,

die zu klären waren, ging das ziemlich schnell. Gegen ½ 12 war die Beweisaufnahme geschlossen. Eine Pause von 10 Minuten brachten wir draußen zu. Dann nahm der Staatsanwalt das Wort und beantragte für alle Zuchthausstrafen von 3 – 1 ½ Jahren. Das Gericht zog sich zurück. Für mich waren 2 Jahre Zuchthaus beantragt ebenso Franz. Wir konnten dann mit den Angehörigen sprechen, und da habe ich Dich und die Eltern vermisst, aber es war ja meine Schuld. Du wirst sicher schöne Augen gemacht haben, als Du kamst. Der Senat trat dann wieder ein und verlas das Urteil: 3 zu 2 Jahren Zuchthaus, 8 zu 2 Jahren Gefängnis und 8 zu 1 ½ Jahren Gefängnis. Bei den letzten bin ich und auch Franz (Neumann) bei. Die Untersuchungshaft angerechnet. Also meine liebe Wally, 1 ½ Jahre Gefängnis für mich. Ich habe es ziemlich gefasst aufgenommen, es hätte schlimmer kommen können. In letzter Woche hat das Gericht ein um die Hälfte höheres Urteil gefällt als der Antrag des Staatsanwaltes war. Man hat uns zugutegehalten, daß wir zu unserer Tat gestanden haben. Und alle haben das Urteil wie ein Mann auf sich genommen. Meine liebe Wally, weine nicht so sehr um mich. In einem Jahr bin ich bei Dir. Die Gewissheit haben wir und haben ein Ziel. Im Juli 35 sind wir wieder zusammen. Dieser Sommer ist bald vorbei und der Winter vergeht auch schnell und im nächsten Frühjahr können wir die Tage zählen bis zum Zusammensein. Sei nicht traurig und trage es so wie ich. Wir kommen sicher nach Plätzensee und von da mit Sammeltransport nach Ems in die Moore. Es kann etliche Wochen dauern bis wir wegkommen. Wie gesagt das denken wir uns. Vielleicht bleiben wir auch in Berlin. Also alles noch offen. Auf jeden Fall bin ich im Juli 35 bei Dir und habe meine Freiheit wieder. Darum freue Du Dich so wie ich mich auf den Tag, wo Du mich in Empfang nehmen kannst. Und bleibe Dir immer, denn uns geht die Sonne nicht unter, Dein liebster und treuer Walter. Der Oma und dem Papa zum 51. herzliche Glückwünsche im nächsten Jahr bin ich dabei. Das kostet aber eine Kleinigkeit dann. ...

Resignation und Anpassung machen sich auf der „Scholle“ breit

Doris Schrön (1919 – 2007) berichtet 1989:

„Anfangs organisierte Franz Neumann noch die Genossen. Doch große Angst und Mißtrauen verhinderten bald engere Verbindungen. Aus unserer Straße wurde ein Kommunist verschleppt und für mehrere Wochen inhaftiert. Sozialdemokraten wie Franz Neumann und Walter Höppner wurden ebenfalls verhaftet. Jeder, der in die „Freie Scholle“ zog, wurde von uns beäugt. Es geschah zu recht, denn ein junger, stiller Nachbar entpuppte sich 1945 als ehemaliger Wachmann des KZ Sachsenhausen.“

Ingrid Riewe (geb. Klabuhn) erzählt 2018:

„Wir hatten in der Egidystraße mit Erika und Hans Pitteroff ganz tolle Nachbarn. „Onki“ Pitteroff sagte immer wie-

der, es kommen auch wieder bessere Zeiten. Wir schaffen das schon. Meine Eltern bekamen von ihm auch mal den Hinweis, wenn ihr sonntags mit eurem Besuch in der Laube seid, dann dürft ihr nicht so laut sprechen.

Aber es gab natürlich auch andere Nachbarn.“

Ingrid Riewe erinnert sich ebenfalls 2018:

„Einmal bekam ich eine richtige Wut auf unsere anderen Nachbarn, die Familie Westphal. Mein damals 14-jähriger Bruder grüßte den 15-jährigen Nachbarnssohn auf dem Gehweg mit „Tag Günther“. Der gab daraufhin meinem Bruder eine Backpfeife und schrie „Du Pimpf, ich bin Dein HJ-Führer und Du hast mich mit „Heil Hitler“ zu grüßen. Beim nächsten Mal mache ich Meldung.“ Ist es nicht schlimm, wenn

man vor seinem Nachbarn Angst haben muss.“

Grete Sonnemann erinnert sich 1984:

„Doch auch in der „Freien Scholle“ hingen dann später aus fast allen Fenstern Hakenkreuzfahnen. Obwohl doch viele Nichtnazis und frühere Sozialdemokraten hier wohnten, machten fast alle beim Fahnenraushängen mit.“

Ausschlaggebend zur Beschreibung der damaligen Verhältnisse war das große Mißtrauen. Mit wem konnte man reden? Man wußte doch nicht, unter welchem Druck jemand stand. Wenn wir damals getan hätten, wozu wir eigentlich verpflichtet waren – mein Bruder Max Menzel (KPD) saß wegen Widerstandes im Zuchthaus –, wären wir nicht durchgekommen.“



Zum Schollenfest 1933 waren die Fassaden noch ohne Hakenkreuz-Fahne geschmückt.

Irma Rehfeldt berichtet 1983:

„In der ‚Freien Scholle‘ wohnten zwar viele Anti-Leute, aber was sollte man angesichts des Terrors machen? Man konnte nur versuchen, menschlich zusammenzuhalten. Zugegeben, man mußte vorsichtig sein. Den verbotenen Sender hörten wir darum zur Kriegszeit nur im Keller ab und informierten unseren Freund Franz Neumann.“

Der Baugenossenschafts-Vorstand Otto Stechert half in einer kniffligen Situation. Bei den jährlichen Festumzügen der „Freien Scholle“ mußte doch eine Fahne dabei sein. Die rote Fahne mit den drei Pfeilen Eiserne Front ging nicht mehr, die Nazifahne wollten wir nicht. Da entwarf Stechert die weiß-grüne Fahne mit dem Häuschen.“



Otto Stechert



Später waren die Nazi-Fahnen nicht zu übersehen.



Dass, was einmal sichtbar sozialistisch, republikanisch bzw. sozialdemokratisch an der „Freien Scholle“ war, verschwand bereits im Jahr der NS-Machtergreifung. Doch war nicht nur das äußere Bild betroffen, auch die innere Erosion war unübersehbar. Martin Bartsch berichtet beispielsweise, dass in der zweiten Hälfte der 30er Jahre selbst frühere sozialdemokratische Familien ihren Kindern das Spielen mit Altersgefährten aus kommunistischen oder jüdischen Elternhäusern angstvoll untersagten. Um wenigstens Teile der Jugend vor der völligen Vereinnahmung durch die

NS-Propaganda zu bewahren, wurden für Kinder sozialistischer Elternhäuser durch ältere Schollaner wiederholt Wochenendfahrten organisiert (z.B. durch Paul Kräh noch im Sommer 1941). Manche Jugendliche, deren Eltern erklärte NS-Gegner waren, befanden sich tatsächlich in einem inneren Zwiespalt. Martin Bartsch beschreibt ihn folgendermaßen: „Ich wollte ins NS-Jungvolk, schon deswegen, weil man dort ein Messer tragen konnte. Meine Mutter, eine leidenschaftliche Pazifistin und Linkssozialistin war strikt dagegen.“



Ballmann

Satzung

de *n* **Gemeinnützige Baugenossenschaft**
 „Freie Scholle“
 zu Berlin — e. G. m. b. H.
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht,
 in *Berlin - Tempel*

I. Firma und Sitz der Genossenschaft

§ 1

Die Genossenschaft führt die Firma
 Gemeinnützige Baugenossenschaft
 „Freie Scholle“
 zu Berlin e. G. m. b. H.
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sie
 hat ihren Sitz in *Berlin - Tempel*

II. Gegenstand und Zweck des Unternehmens

§ 2

(1) Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und die Betreuung von Kleinwohnungen im eigenen Namen. Der Gegenstand des Unternehmens ist auf den Geschäftsbetrieb innerhalb des Bezirks *Stadtgemeinde Berlin* beschränkt.

(2) Der Zweck des Unternehmens ist ausschließlich darauf gerichtet, den Mitgliedern zu angemessenen Preisen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Kleinwohnungen im Sinne des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und seiner Durchführungsvorschriften zu verschaffen.

(3) Das Unternehmen darf nur die in § 6 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und in den Durchführungsvorschriften bezeichneten Geschäfte betreiben.

III. Mitgliedschaft

§ 3

(1) Mitglieder können werden:

- a) Einzelpersonen, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
- b) juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts.

Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 — RGBl. I S. 1333 —) können die Mitgliedschaft nicht erwerben.

Widerstand gegen die Judenverfolgung

Mit Beschluss der Generalversammlung wurde am 12.5.1939 die Satzung der Freien Scholle dahingehend geändert, dass Juden nicht mehr Mitglied in der Genossenschaft werden konnten. Am 9.12.1945 wurde dieser Paragraph 3, Abs. 2 auf Beschluss der Mitgliederversammlung wieder gestrichen. Der damalige Geschäftsführer Alfred Dallmann hat die Streichung umgehend vorgenommen. (Siehe nächste Seite)

Wie tief aber der Ungeist der Zeit in den Kriegsjahren selbst in diese alte Arbeitersiedlung eingedrungen war, belegt die traurige Tatsache, dass Karl Buttkes jüdische Frau Edith 1944 von Hausbewohnern im Schollenhof 14 der Zutritt zum Luftschutzkeller mit den Worten verwehrt wurde: „Das sind doch eure Leute, die die Bomben werfen!“

Andererseits gab es auch entgegengesetzte Beispiele des Verhaltens. So lebten in der Egidystraße 51 der Kriegsinvalide (Erster Weltkrieg) Walter Retzlaff (1898 – 1954) und seine Frau Gertrud (1899 – 1985). Aus der Beziehung ihres Sohnes Herbert (*1919) zu einem jüdischen Mädchen, Selma Kirschner (1923 – 42), war 1940 die kleine Tochter Rosemarie hervorgegangen. Die alten Leute drängten ihren Sohn, nicht nur die Vaterschaft anzuerkennen – was eine Haft wegen „Rassenschande“ nach sich zog – sondern nahmen Mutter und Tochter aus den Hoffnungstaler Anstalten Lobetal im Jahre 1941 in ihre Obhut. Selma Kirschner, die bei Rheinmetall-Borsig arbeitete, beging dort den „Fehler“, eine stattliche Kinderbeihilfe zu beantragen. Als sie dafür die Geburtsurkunde mit dem Hinweis „mosaisch“ vorlegte, löste sie eine Lawine der Verfolgung aus: Ende 1941 verschleppte man sie ins KZ Ravensbrück, im Jahr darauf wurde sie in Auschwitz ermordet. In einem anhaltenden Ringen mit Polizeibehörden und NS-Stellen weigerten sich die Großeltern, ihren kleinen Schützling herauszugeben – und hatten Erfolg.

Rosemarie Sonnemann (geb. Kirschner) teilt 2001 mit: „Offensichtlich gab es selbst auf dem Tegeler Polizeirevier 293 einen oder mehrere Helfer, die die entsprechende Akte ‚verschwinden‘ ließen. Ich war natürlich damals zu klein, um heute die Ereignisse im Einzelnen beschreiben zu können, erinnere mich aber an eine angsterfüllte Atmosphäre und die stete Sorge, getrennt zu werden. Großvater Retzlaff war Luftschutzwart. Seinen von ihm ausgebauten Keller suchten auch mehrere Nachbarn auf. Viele waren eingeweiht! Meines Wissens nahm niemand Anstoß. Nur ein anonymes Schreiben protestierte, dass er ‚Juden verstecke‘. Tatsächlich ‚tauchte‘ wiederholt der verfolgte Herr Lux bei uns ‚unter‘ und hielt sich zeitweise im

Keller auf. Monat für Monat kam allerdings ein NS-Uniformierter, ein Schollener namens Hahn, um in unserem Haus Nachforschungen anzustellen. ‚Ich muss doch wissen, wie viele Juden noch im Lande sind‘, sagte er zuletzt zu meiner Oma. 1945 verschwand er dann ganz plötzlich.“

Werner Trapp berichtet von einem weiteren Beispiel politischer Solidarität: Mehreren sozialdemokratischen Familien, selbst ihm als Heranwachsenden, war bekannt, dass sich Lutsi Krause (Allmendeweg 34) eines sog. Halbjüdischen Jugendlichen, Günther Katz, angenommen hatte, den sie durch die Gefahren der Zeit brachte. (Nach 1945 emigrierte er in die USA).



Familie Retzlaff

Aktiver Widerstand und Untergrund

1944 hatte sich eine kleine links-sozialistische Widerstandsgruppe um die Pädagogin Erika Bartsch (Erholungsweg 6), den Buchdrucker Fred Schmidt (Moorweg 6) und den Buchhändler Carl Buttke (Schollenhof 14) in der „Freien Scholle“ herausgebildet. Sie standen mit dem Baugenossen Kurt Megelin (Schollenhof 12, später Egidystraße 1) in Verbindung.

Durch Zettel verbreiteten sie verbotene Rundfunknachrichten, die den offiziellen Propagandalügen vom „Endsieg“ entgegentraten. Auf Grund großer Vorsicht konnten die politischen Freunde der Entdeckung ihrer Aktivitäten entgehen.

Ein besonderer Aktivist war der Baugenosse Kurt Megelin. Dem Buchdrucker und Verwaltungsangestellten war es durch großes Geschick und die Verschwiegenheit seiner Freunde aus der Führungsgruppe des „Roten Stoßtrupps“ gelungen, die große Verfolgungswelle im November 1933 zu überstehen. Zahlreiche Mitverschwörer bescheinigten ihm (nach dem Krieg) herausragende Fähigkeiten und einen unermüdlichen Einsatz für Verfolgte. Der Pädagoge Friedrich Krüger (1896 – 1984) erinnert sich: „Kurt Megelin war ein Fuchs, er war für die illegale Arbeit geboren.“

In den 20er Jahren Geschäftsführer des Bundes der weltlichen Schulgemeinschaften und Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend, hatte er im Bezirksamt Prenzlauer Berg eine Arbeit als Hauptsachbearbeiter gefunden. 1932/1933 zählte er zum engen Kern des Roten Stoßtrupps, konnte aber – als „Lehmann“ angeklagt und gesucht – die Zerschlagung der Organisation überstehen. Die Leitung der Rest-Gruppe ging nun an ihn über. Der Vertrieb einer illegalen Zeitung wurde aus Sicherheitsgründen eingestellt. Das Hauptgewicht der Arbeit verlegten sie von 1934 an auf Betriebs- und Transportsabotage, auf Auslandskurierdienst, Aktenentwendung und

Geldsammlung zur Unterstützung der Angehörigen verhafteten Mitarbeiter. Durch vorzügliche Querverbindungen gelang es, ab 1934 einen sogenannten „Warndienst“ einzurichten. Kurze Zeit vor benachrichtigten Verhaftungen konnten die von der Gestapo „Auserwählten“ in Sicherheit gebracht werden. Zu den so Geschützten zählte beispielsweise der frühere Reinickendorfer SPD-Kreisvorsitzende Karl Schwarz.

Obwohl die Gestapo Kurt Megelin hauptsächlich wegen der früheren Tätigkeiten beim Bund weltlicher Schulgemeinschaften wiederholt verhörte und inhaftierte, konnte er doch jeden Verdacht glaubhaft von sich weisen. Selbst anderen Widerstandskämpfern gab er keinen Einblick in seine wahre Rolle. So erinnert sich Walter Höppner daran, daß Kurt Megelin sich wiederholt nach dem Schicksal der verfolgten Freunde aus der „Freien Scholle“ erkundigte, aber seine eigene illegale Arbeit verschweig. Im Gegenteil, er tarnte sich selbst gegenüber Anhängern der unterdrückten SPD.



Kurt Megelin

Doris Schrön erinnert sich 1989:

„Kurt Megelin zog erst nach 1933 in die ‚Freie Scholle‘. Politisch trat er nicht hervor.

Er war ein Filou, ein kleiner Spitzbube. Reden – oder quatschen, wie der Berliner sagt – konnte er gut, obwohl er mit der deutschen Sprache etwas auf Kriegsfuß stand. 1936 meldete er sich aus Anlaß der Olympischen Spiele als ‚deutsch-japanischer Dolmetscher‘ und führte sehr belustigte Gruppen durch die Reichshauptstadt. Dabei konnte er kein Wort japanisch!“

Obwohl Kurt Megelin zwischen 1933 und 1937 wiederholt viele Monate eingesperrt worden war, konnte er mehreren Verfolgten helfen und Untergetauchten Verstecke vermitteln. Anfang 1938 floh Kurt Megelin aus der Gefangenschaft. Er nutzte die Gelegenheit zur Flucht aus dem Krankentransport während der Dunkelheit. Trotz seines schlechten Gesundheitszustandes war Kurt Megelin schon nach kurzer Zeit wieder illegal aktiv tätig. 1942 nahm der Lehrer Friedrich Krüger in Megelins Auftrag Kontakt zu oppositionellen militärischen Kreisen auf. Else Megelin arbeitete im Büro des früheren Gewerkschaftsführers Wilhelm Leuschner, der einer der bedeutendsten Männer des 20. Juli 1944 war. Auch ihr gelang es – trotz einiger Wochen Gestapo-Haft – die Zeit der Diktatur zu überleben. Kurt Megelin engagierte sich nach dem Krieg im Aufbau des Büchereiwesens im Bezirk Reinickendorf. Er verstarb nach langer schwerer Krankheit 1979.

Militarisierung der Jugend und Flucht aus dem Wehrtüchtigungslager

Seit 1944 zog sich die Schlinge des NS-Staates, der durch militärische Niederlagen und verheerende Menschenverluste mehr und mehr in die Defensive geriet, immer enger um den Hals der Heranwachsenden, die man mit allen erdenklichen Mitteln des Drucks und der Propaganda frühzeitig für die Kriegsmaschinerie gefügig machen wollte.

So berichtete **Martin Bartsch** (1929 – 2010, wohnhaft im Erholungsweg 2, später im Schollenhof 13), dessen Schule wegen der Bombardierungen im Zuge der sogenannten Kinderlandverschickung im September 1943 nach Oberschlesien verlagert wurde, davon, dass ein großer Teil der Schüler des Jahrgangs 1928 bereits im Januar 1944 zur Heimatflak eingezogen worden war. Bartsch und andere Jugendliche begann ein NS-Lehrer, durch Schießübungen zum Erwerb des „HJ-Schießabzeichens“ anzulocken. Doch als der wegen seiner Trefferquote gelobte Bartsch der Bemerkung „Jeder Schuß ein Ruß“ widersprach, wurde er sofort aus dem Lehrgang ausgeschlossen und fortan als „bolschewistischer Lude“ diffamiert. Die Auseinandersetzungen zwischen Bartsch und dem fanatischen Lehrer, der den Heranwachsenden schließlich im Februar 1945 verprügel-

te, eskalierten. Der Jugendliche wurde von der Schule verwiesen und kam Mitte Februar wieder nach Berlin-Tegel zurück. (Die Kinderlandverschickung nach Oberschlesien fand wegen des Vordringens der Roten Armee ohnehin ihr Ende.)

Noch mehr in Bedrängnis geriet ein anderer junger Schollaner. Wie Martin Bartsch, stammt er aus einem antinazistischen Elternhaus: Peter Schmidts Vater, der Buchdrucker Fred Schmidt (1900 – 1973), gehörte mit dem Buchhändler Carl Buttke und der Handelslehrerin Erika Bartsch einem linkssozialistischen Untergrundkreis an.

Peter Schmidt (1929 – 2009) berichtet 2001:

„Im Winter 1944/45 wurde ich mit anderen Heranwachsenden in ein ‚Wehrtüchtigungslager‘ auf der Insel Scharfenberg gesteckt. Waffen-SS bedrängte uns, dass wir uns als ‚letztes Aufgebot‘ an die Front melden. Der Druck wurde immer stärker. Wir bekamen tagelang nichts zu essen und wurden zusammengeschlagen

Um dem Kriegsdienst zu entgehen, floh ich und nahm dafür sogar die Gefahren des nächtlichen Durchschwimmens des eiskalten Tegeler Sees in

Kauf. An Land rannte ich dann nass nach Hause (Moorweg 6).

Dank der Hilfe des Schollenarztes und Humanisten Dr. Schünemann konnte meine Lungenentzündung in einem Versteck ausheilen und ich überleben.“



Peter Schmidt

Krieg – Ende – Neubeginn

Die Wahlkampfparole der SPD „Wer Hitler wählt; wählt den Krieg“ – wurde grausame Realität. Am Ende des „tausendjährigen Reiches“ stand die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945.

In der „Freien Scholle“ war der Krieg bereits am 22. April 1945 zu Ende. An diesem Sonntag passierten die ersten Soldaten der Roten Armee den Waidmannsluster Damm. Durch die Straßen der „Freien Scholle“ rückten sowjetische Panzer in Richtung Tegel vor.

„Freie Scholle“ – sozialistische Siedlung der Arbeiter“ stand in russischer Sprache auf großen Tafeln, die an den Grenzen der Siedlung aufgestellt waren, um Ausschreitungen der Kampftruppen möglichst zu vermeiden.

Die Apriltage waren aber nochmals sehr dramatisch für die Schollaner. **Ingrid Riewe** erinnert sich 2018 an schweren Artilleriebeschuss über die „Freie Scholle“ hinweg. Die sowjetische Armee hatte in der Dianastraße in Waidmannslust nochmals eine „Sta-

linorgel“ aufgestellt, um die SA-Verteidigung der Brücke über den Nordgraben in Tegel zu zerstören.

Martin Bartsch erzählt 1983:

„Die ersten sowjetischen Soldaten waren feine Menschen, dann kamen wüste Schweine.“ Aufgrund des brutalen Verhaltens von einigen Sowjetsoldaten gegenüber zahlreichen Frauen hatte die rote Armee in kurzer Zeit jeden Kredit bei den Schollanern verspielt.

Sigrid Meier (geb. Buttke) beschreibt in einem Interview 2018 die beklemmende Situation im Luftschutzbunker im Steilpfad 3 folgendermaßen:

„Die Soldaten kamen in den Keller, wir hatten Angst. Einzelne Frauen wurden mitgenommen. Was das Wort „Vergewaltigung“ bedeutet, wusste ich als Kind noch nicht. Die Soldaten plünderten das benachbarte Lebensmittelgeschäft am Waidmannsluster Damm und nahmen sich Alkohol und Zigaretten, alle verbleibenden Lebensmittel sollten wir uns nehmen.“

Ingrid Riewe sagte über die Sowjetischen Soldaten: „Die haben bei uns im Haus geklaut und haben nach Schnaps gestunken. Aber es hat uns keiner etwas getan. Über Vergewaltigungen wurde aber immer wieder gesprochen. Deshalb wurden wir Mädchen auf doof, schmutzig und bucklig hergerichtet. Wir sollten abstoßend wirken.“

Eine genossenschaftliche Notgemeinschaft, später in ‚Sozialistische Arbeitsgemeinschaft Freie Scholle‘ umbenannt, übernahm unter der Leitung von Franz Neumann (SPD, Moorweg

10) und Georg Saar (KPD, Schollenweg 64) die Sicherung dringendster Lebensbedürfnisse (Lebensmittelversorgung, Schutz der Heimstätten, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Weiterführung der Geschäfte in der Baugenossenschaft u.v.m.) Es sei an dieser Stelle an die vielen Baugenossen gedacht, die während der nationalsozialistischen Diktatur aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt wurden oder gar ihr Leben lassen mussten. Aus der ‚Freien Scholle‘ wurden 11 Bewohner als „Opfer des Faschismus“ anerkannt.



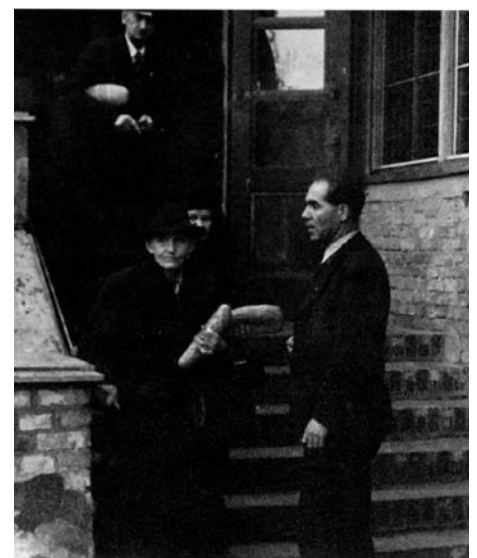
Im September 1945 eröffnet Franz Neumann das erste Schollenfest nach dem 2. Weltkrieg in seiner Eigenschaft als Mitglied des Notvorstandes



Festzug unter dem Motto „12 Jahre haben wir geschlafen, jetzt sind wir wieder gute Demokraten“



Das 1. Schollenfest nach Kriegsende.
Untere Demonstrationsreihe: Irma Rehfeldt (l.) und Grete Sonnenmann (mit Hut)



Franz Neumann bei der Verteilung von Brot an Rentner der „Freien Scholle“ 1945

Die vorab genannten Schollaner engagierten sich später:

Adolf Dünnebacke

- Bezirksbürgermeister von Reinickendorf 1946 – 1960



Franz Neumann

Franz Neumann

- Mitglied im Aufsichtsrat der „Freien Scholle“
- Stellvertretender Bezirksbürgermeister von Reinickendorf 1945 – 1946
- Vorsitzender der SPD Berlin 1946 – 1958
- Mitbegründer und Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Berlin 1946 – 1969
- Mitglied des deutschen Bundestages 1949 – 1969
- Ehrenszenator der Technischen Universität Berlin
- Ehrenbürger von Berlin

Grete Sonnemann

- Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses 1958 – 1967
- Berliner Städtälteste

Irma Rehfeldt

- Vorstand der „Freien Scholle“ 1947 – 1953

Walter Höppner

- Vorstand der „Freien Scholle“ 1947 – 1967

Paul Lempert

- Vorstand der „Freien Scholle“ 1948 – 1953

Ja, es sind sehr viele Hitler gefolgt. Aber es muss auch immer wieder aufgezeigt werden: Es gab auch welche, die sich entzogen haben und passiven oder aktiven Widerstand geleistet haben.

Wir müssen es denen danken, die ihr Leben riskiert haben und immer wieder daran erinnern, wofür sie es riskiert haben: Für Menschenwürde, Recht und Freiheit, Güter, die nicht selbstverständlich werden dürfen, sondern täglich bewahrt und verteidigt werden müssen – auch und gerade heute wieder.

Jürgen Hochschild

Ich widme diesen Beitrag meinem Großvater Paul Hochschild, der wie viele andere Baugenossen nach der Wahl am 5. März 1933 von SA-Leuten mit Knüppeln zum S-Bahnhof Waidmannslust getrieben worden ist, um dort die geklebten Wahlplakate zu entfernen.

Quellen:

- „Widerstand in Pankow und Reinickendorf“ von Hans-Rainer Sandvoß, 2009, Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand
- Die „Andere Reichshauptstadt“ von Hans-Rainer Sandvoß, 2007, Lukas-Verlag
- Tätigkeitsbericht des Franz-Neumann-Archiv e.V., 1978
- Franz-Neumann's letztes Interview, 1974, Südwest-Funk Baden-Baden
- „Freie Scholle“ – Ein Name wird Programm, Edition Arkadien, Renate Amann und Barbara von Neumann-Cosel
- 70 Jahre – SPD „Freie Scholle“ – Ein Rückblick von Werner Trapp
- Div. Mitteilungsblätter der Baugenossenschaft „Freie Scholle zu Berlin e.G.
- Privates Archiv des Berichterstatters

Zwangs- und Fremdarbeiterlager in der Nachbarschaft der „Freien Scholle“

Während des Zweiten Weltkrieges mussten im Deutschen Reich und in den vom NS-Regime besetzten Ländern knapp 20 Millionen Männer, Frauen und Kinder Zwangsarbeit leisten. Die Betroffenen waren zum größten Teil Zivilpersonen aus den okkupierten oder abhängigen Gebieten, hinzu kamen Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, jüdische Bürger und Angehörige anderer verfolgter Bevölkerungsgruppen.

Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sollten die zum Kriegsdienst eingezogenen deutschen Arbeiter ersetzen und als billige Arbeitskräfte die Kriegsproduktion aufrechterhalten. Die „Vernichtung durch die Arbeit“ von Juden, Sinti, Roma, politischen Gegnern und „asozialem Leben“ war ein weiteres grausames Ziel des Zwangsarbeiterereinsatzes.

In Berlin, der wichtigsten Rüstungsschmiede des Deutschen Reiches, lebten in der Zeit von 1939 bis 1945 rund eine Million Zwangsarbeiter, davon ca. ein Viertel Frauen. Die zwangsrekrutierten ausländischen Arbeiter stellten zeitweise über 20 % der Beschäftigten. Im Bezirk Reinickendorf, dem neben Spandau größten Rüstungsstandort in Berlin, gehen Schätzungen von ca. 30.000 betroffenen Menschen aus 16 Nationen aus, die tatsächliche Zahl lag wahrscheinlich weit darüber.

Bisher wurden 71 Industriebetriebe im Bezirk Reinickendorf ermittelt, die Zwangsarbeiter einsetzten. Es waren in der Mehrzahl Maschinenfabriken, die im Laufe des Krieges oder bereits davor auf Rüstungsproduktion umstellten, z.B. Rheinmetall-Borsig, Alkett, Argus, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Schwarz-Propeller, Raboma, Teves, Max Hensel,

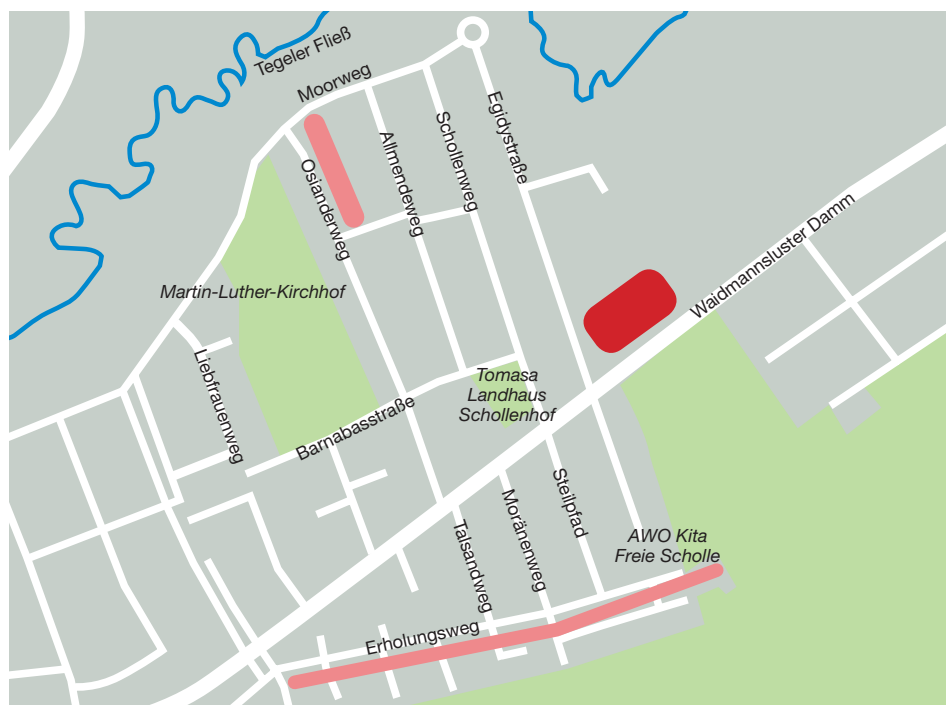
Volta-Werke, Reichsbahn und Reichspost. Zwangsarbeiter gab es aber auch in Handwerksbetrieben, der Landwirtschaft, städtischen Institutionen und Behörden, selbst in Kirchengemeinden (Franz-Jordan Stift) und Privathaushalten.

Die Unterbringung erfolgte in der Regel getrennt nach Nationalitäten in eigens errichteten, eingezäunten und bewachten Barackenlagern in der Nähe der Arbeitsstätte oder direkt auf dem Gelände der Betriebe, Privathäusern oder auf Schiffen auf dem Tegeler See. 140 Lagerstandorte mit mehr als je 20 Insassen konnten in Reinickendorf bisher ausfindig gemacht werden. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die zwangsverpflichteten Menschen waren überwiegend menschenunwürdig bis katastrophal. Dabei hing ihre Behandlung gemäß der nationalsozialistischen Rassenideologie von ihrer Herkunft ab. So wurden sogenannte „Ostarbeiter“ (Russen,

Weißrussen, Ukrainer) schlechter behandelt als polnische, italienische oder französische Zwangsarbeiter. An unterster Stelle standen jüdische KZ-Häftlinge. Mehrere Hundert von ihnen, überwiegend Frauen, waren in den Ortsteilen Tegel und Reinickendorf in Außenlagern vom KZ Sachsenhausen untergebracht und mussten für Argus und Borsig arbeiten. Ihr Tod wurde billiger in Kauf genommen.

Ab 1940 bestand eine diskriminierende Kennzeichnungspflicht für polnische „Zivilarbeiter“ und ab 1942 durch gut sichtbare Aufnäher an der Kleidung. Das „Ost“-Abzeichen wurde 1944 durch separate Aufnäher für die einzelnen Volksgruppen ersetzt. Wer das Abzeichen nicht trug, konnte dafür bestraft werden.

Ein großes Lager, das von Borsig betrieben wurde, war das sogenannte Steinberg-Lager am Waidmannsluster Damm. Der Schriftwechsel über





die Errichtung dieses Lagers wird im Landesarchiv Berlin aufbewahrt. Mit Schreiben vom 4. Juli 1942 informierte der Stadtpräsident der Reichshauptstadt Berlin den Oberbürgermeister – Baupolizei Abt. Reinickendorf, Berlin-Wittenau, Hauptstraße 63, über die Errichtung eines Barackenlagers für ausländische Arbeiter der Rheinmetall-Borsigwerke in Tegel, Waidmannsluster Damm. Nach einer flüchtig angefertigten Lagerskizze, die diesem Schreiben beigelegt war, plante man es zwischen Waidmannsluster Damm, Egidystraße, Steilpfad, Moränenweg, Erholungsweg und Osianderweg.

Tatsächlich werden in der Literatur 3 Örtlichkeiten für das sogenannte „Steinberg-Lager“ genannt:

1. Berlin-Waidmannslust, Waidmannsluster Damm 81–105. Das Gelände ist das sog. „Purwin-Gelände“, das zurzeit von der „Freien Scholle“ bebaut wird und der Platz des Hundevereins. Das Lager wurde von der Deutschen Post und der Reichsbahn betrieben. Die Insassen waren hauptsächlich Russen, Polen und Ukrainer.

2. Berlin-Tegel, Erholungsweg. Auf dem Gelände befindet sich heute hauptsächlich die Kleingartenkolonie

Neu-Tegel und die Einfamilienhäuser, die die Gagfah Anfang der 60er Jahre dort errichtet hat. Die Insassen waren hauptsächlich Franzosen, Belgier und Niederländer und mussten für Rheinmetall-Borsig arbeiten.

3. Berlin-Tegel, Osianderweg. Das Gelände erstreckte sich im Osianderweg vom Kampweg bis zum Moorweg auf der Seite des Allmendeweges (Gelände der Gagfah). Das Lager wurde auch

„Barackenlager am Fließ“ genannt. Die Häftlinge mussten ebenfalls für Rheinmetall-Borsig arbeiten und waren hauptsächlich Südeuropäer. Auf diesem Gelände wurden auch kleinere Hütten errichtet, die nach dem Krieg als Nissenhütten und Behelfsheime umgebaut und für ausgebombte Tegeler bewohnbar gemacht wurden.

Aufgestellt werden sollten eingeschossige sogenannte Reichsarbeitsdienst-Baracken, die man als Behelfsbaracken für die Rüstungsindustrie errichten ließ. Ein zweites Schreiben folgte am 28. Juli 1942. Darin mussten sich Rheinmetall-Borsig und die Gagfah (Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten) verpflichten, bis sechs Monate nach Kriegsende die Baracken abzureißen. Ein drittes Schreiben datiert vom 20. August 1942. In diesem Brief wird wiederum Bezug genommen auf ein Schreiben vom 22. Juni 1942, das vermutlich den Beginn des Schriftwechsels zur Errichtung des Steinberglagers dokumentiert. Im November 1942 war das Lager jedenfalls noch nicht fertig. Nach der Bemerkung auf der Rückseite des Schreibens vom 4. Juli 1942, datiert vom 3. November 1942, waren damals die Anschlüsse noch nicht hergestellt und es wurden gerade die Leitungsgräben ausge-



baggert. Aus einem Schreiben vom 5. April 1943 geht hervor, dass das Barackenlager am Erholungsweg schließlich fertiggestellt war. Diese Schreiben veranschaulichen den umständlichen Instanzenweg, der beschritten werden musste, bis die Baracken schließlich erstellt waren.

Der Lagerstandort am Erholungsweg ist auf dem britischen „Town-Plan of Berlin“ von 1944 deutlich eingezeichnet und gut zu lokalisieren. Allerdings geht aus der zeichnerischen Umsetzung nicht die Größe dieses Lagers hervor. Eingezeichnet sind hier acht Baracken. Besonders deutlich ist das Lager dagegen auf einer Luftbildaufnahme der Alliierten vom 22. März 1945 zu erkennen. Fast der gesamte mittlere und östliche Teil des Lagers Erholungsweg war zu dem Zeitpunkt zerstört, von den erhaltenen Baracken war ein Teil mit einem Tarnanstrich versehen worden.

Das Lager im Osianderweg unterhielt Borsig. Eigentümer des Lagergeländes war die gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Rheinmetall Borsig'scher Werksangehöriger. Das Lagergelände erstreckte sich westlich der „Freien Scholle“ im Osianderweg, Kampweg und Moorweg. Mitte November 1941 waren die Baracken bereits errichtet, obwohl die Baugenehmigung noch ausstand. Die Abnahme war dann am 7. Mai 1942. Diese betraf fünf Wohnbaracken, eine Wasch- und Badebaracke, eine Abortbaracke sowie einen Kartoffel- und einen Kohlenbunker. Ausgestattet war das Lager im Norden mit Splitterschutzgräben für 200 Personen. Die Zustimmung des Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt erfolgte sogar erst am 27. März 1943. Geplant war das Lager ursprünglich für 508 Personen, im Dezember 1942 waren schon 160 Plätze belegt. 1943 erfolgte eine Erweiterung um 90 Personen.

Über das Leben in den Lagern selbst ist kaum etwas bekannt, fast nichts über eine Lagerkultur mit sozialen Rangordnungen und Überlebensnischen. Gearbeitet werden musste von montags bis samstags von 6.00

bis 18.00 Uhr einschließlich kurzer Pausen. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug also 72 Stunden. Die Arbeit war schwer und monoton. Die Entlohnung spottete jeder Beschreibung. Meistens waren es lediglich 3 RM pro Tag. Davon wurden dann noch für „freie Unterkunft und Verpflegung“ 1,50 RM pro Tag abgezogen. Die Bezahlung erfolgte nur in den ersten Monaten der Zwangsunterbringung. In den letzten Monaten des Krieges wurde kein Geld mehr ausgezahlt.

An Sommerwochenenden war der Steinbergpark ein beliebter Ausflugsort für die Fremdarbeiter, die in großer Zahl neben den Wegen im Gras lagerten. Die einheimische Bevölkerung hat den Park gemieden. Am Sonntag konnten die Zwangsarbeiter auch die Nachmittagsvorstellung im Hubertus-Kino in Waidmannslust besuchen. Reserviert waren die ersten beiden Reihen im Kino. Es waren zwar die

schlechtesten Plätze, aber wenigstens ging man sich nicht aus dem Weg.

Die Aussagen von Schollanern zum Zusammenleben mit den Zwangs- und Fremdarbeitern sind äußerst spärlich. In Mitteilungsblättern der Genossenschaft ist darüber nichts zu lesen. Solidarität und Menschlichkeit bleiben im Verborgenen. Kontakt zu den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern war verboten. Das Brot-Zustecken musste also heimlich geschehen. Für die Schollaner waren die benachbarten Fremden Kriegsalltag. Sie gehörten dazu, wie die Verdunkelungen, die Lebensmittelkarten, die ausgebrannten und zerbombten Wohnungen, die Luftschutzkeller und die Todesanzeigen mit dem Eisernen Kreuz. Die Diskriminierung der „Fremdarbeiter“ wurde meistens ebenso hingenommen, wie der eigene spärliche Lebensstandard unter den Bedingungen der ständigen Bombenangriffe.

Deutsche!

Wahrt inneren und äußeren Abstand von den Fremdvölkischen.

Wer Kriegsgefangene wie Deutsche behandelt, wird zum Verräter am deutschen Volke. - Feind bleibt Feind! -

Es ist verboten, mit Kriegsgefangenen aller Länder, mit Polen und Ostarbeitern zu sprechen.

Es ist verboten, mit Kriegsgefangenen Polen oder Ostarbeitern an einem Tisch zu essen.

Wer seine Ehre nicht wahrt, und sich mit Kriegsgefangenen Polen und Ostarbeitern einläßt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Wer Kriegsgefangenen bei der Flucht behilflich ist, oder ihnen Fluchthilfsmittel verschafft - Werkzeuge, Zivilkleidung, Landkarten usw. - wird mit Zuchthaus bestraft.

Jede deutsche Frau ist es den Frontsoldaten gegenüber schuldig, daß sie Abstand von den Fremdvölkischen hält. Die Deutsche Frau muß auch zur Wahrung ihrer Ehre jeden falschen Schein vermeiden.

Bleibe Dir jederzeit dieser Verantwortung bewußt.

Zwei Schollaner haben sich 2018 im Interview mit mir erinnert:

Baugenosse Gerhard Köhn,
Allmendeweg 49, Jahrgang 1937:

„Mein Vater hatte ein fahrbares Obst- und Gemüsegeschäft. Er stand jeden Tag auf dem Waidmannsluster Damm zwischen der Fleischerei Repke und dem Kürschnermeister Delbrouck. Jeden Abend lagen natürlich Kohl- und Salatblätter am Straßenrand. Mal ist auch ein Apfel herunter gefallen. Das holten sich dann im Dunkeln der Nacht die Männer aus dem „Italienerlager“ im Osianderweg. Das wurde von einem Blockwart angezeigt. Mein Vater wurde daraufhin abgeholt und verhört. Er war mal eine Nacht lang weg. Strafen wurden nur angedroht. Über die „fremden Nachbarn“ wurde in der Familie nicht gesprochen. Sogar mein Großvater, der Kommunist war, hat über seiner Tätigkeit als Aufseher bei Borsig nichts erzählt.“

Baugenossin Sigrid Meier,
Steilpfad 3, Jahrgang 1936:

„Ich erinnere mich an die Baracken im Erholungsweg. Sie erstreckten sich vom Park bis zum heutigen Sandgrasweg. Dort befand sich auch ein großes Löschwasserbecken. In dem Lager waren zum großen Teil Holländer und auch mal Russen. In der Dunkelheit haben sie geklingelt und nach Hilfsarbeiten gefragt. Sie haben Kriegsschäden repariert oder beim Schneefegen geholfen. Wir wurden im Talsandweg ausgebombt und mussten in den Steilpfad umziehen. Hierbei haben uns Fremdarbeiter geholfen. Als Belohnung gab es Brot oder ein paar Kartoffeln. Wir Kinder durften zwar zu den Fremden keinen Kontakt aufnehmen, taten es aber trotzdem. Die haben uns ein paar Brocken russisch beigebracht und wir haben die

mit deutschen Worten geneckt. Wir Kinder hatten keine Angst. Die Russen waren sehr hilfsbereit. Die Russen hatten Angst vor dem Kriegsende, denn von den sowjetischen Soldaten wurden sie als Kollaborateure betrachtet und dafür gejagt und oftmals getötet.“



Gleich nach Ende des zweiten Weltkrieges wurden auf den freien Flächen auf dem Barackengelände auf dem Erholungsweg von Schollanern Kartoffeln und Gemüse angebaut. Im Hintergrund ist eine Baracke zu erkennen.

Das war eine kurze Darstellung dazu, was in den Jahren 1943/1944 bis Kriegsende in der direkten Nachbarschaft unserer Genossenschaft so Grausames passierte. Der Lagerbau gehörte zur Programmatik des Nationalsozialismus und war ein Symptom der NS-Diktatur. Er resultierte nicht allein aus der Rüstungsproduktion im engeren Sinne, sondern ist eng verbunden mit den politischen, rassistischen und völkischen Zielen der Nationalsozialisten. Von Anfang an bedeuteten die Lager Gewalttätigkeit gegen Menschen.

Die Schollaner nahmen die Lager „zur Kenntnis“. Sie hatten ab 1943 mit sich selbst zu kämpfen. Die Zerstörung in der Scholle war zu diesem Zeitpunkt schon erheblich. Die Kontakte zu den Lagerinsassen wurden vermieden und fanden lediglich im Schutz der Dunkelheit statt.

Jürgen Hochschild



Ebenfalls dem Lager im Erholungsweg hat sich im Juli 1945 der Schollenmaler Paul Lempert gewidmet.

Nach Beendigung der Bautätigkeit auf dem Gelände am Waidmannsluster Damm 81/83 wird die „Freie Scholle“ auf einer Gedenktafel an die „unmenschliche Nutzung“ des Geländes in der Zeit von 1943 – 1945 erinnern.

Quellen:

- Rainer Kubatzki, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager, Standorte und Topographie in Berlin 1939 bis 1945, Berlin Verlage, Spitz GmbH
- Gertraud Eva Schrage, Und man schickte uns in die Baracke..., Zwangsarbeit in Berlin-Reinickendorf 1939 – 1945, Juni Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Vol 53, Jg. 2007
- Manfred Mendes, Leben in Waidmannslust, Berlin 2004, Mendes Eigenverlag
- Diverse: Unterlagen des Heimatkundemuseum Reinickendorf



Fragen und Bemerkungen



